

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Freitag, 24. April 1936

Nr. 97

Die Gewissensfragen an Hitler

Paris. Nach den Informationen der Londoner Korrespondenten der Pariser Abendblätter wird die britische Regierung Deutschland zehn Fragen stellen:

1. Beabsichtigt Deutschland definitiv und verpflichtend den künftigen von ihm vorgeschlagenen Vertrag anzunehmen oder hat es im Sinn, auch in Zukunft die Politik fortzusetzen, die jeweils ihm seine angeblichen Interessen bestimmen werden?
2. Glaubt Deutschland, daß es noch immer ein „nicht gleichberechtigter“ Staat im Vergleich zu den übrigen Staaten ist, wie es behauptete, als es den Vertrag von Versailles und das Locarno-Abkommen kündigte?
3. Enthält der deutsche Vorschlag zur definitiven Regelung der internationalen Lage nicht einige verschiedene Vorbehalte, wie z. B. in Sachen der deutschen Minderheiten in den an Deutschland grenzenden Staaten?
4. Ist die deutsche Regierung bereit, ausdrücklich zu versprechen, daß sie während der Zeit der künftigen Beratungen das Rheinland nicht besetzen wird?
5. Anerkennt Deutschland die Schiedssprüche eines internationalen Tribunals und wird es sich seiner Entscheidung in Deutschland betreffenden Konfliktfällen unterwerfen?
6. Wird Deutschland für eine genau bestimmte Zeit den territorialen Status quo in Europa annehmen?
7. Was bedeutet präzise der deutsche Vorschlag der Rüstungsbeschränkung und hauptsächlich der Luftkriegsbeschränkung?
8. Ist die deutsche Regierung bereit, die Aufmunterung der nationalsozialistischen Propaganda in Oesterreich und in den an Deutschland grenzenden Staaten einzustellen?
9. Welche Absichten hegt Deutschland in Danzig und Memel?
10. Welche sind die präzisen Kolonialforderungen Deutschlands?

Katzenjammer in England

(E. S.) Die Stimmung in der englischen Presse nach dem letzten Mißerfolg des Völkerbundes kann nur als Katzenjammer gekennzeichnet werden. Sogar entschiedene sanktionistische Blätter wie „Sunday Times“, die die Ansichten des Durchschnittpolitikers ausdrücken, geben zu, daß die Sanktionspolitik sich als unzulänglich erwiesen hat. Politik lenne ebensolche Mißerfolge wie jedes andere Geschäft, meint die konservative Zeitung. Bisweilen treten Augenblicke ein, da man mit Verlusten rechnen möchte. Man solle jedoch diese Verluste möglichst einschränken und die dabei gewonnene Erfahrung anwenden, um zu einem anderen System überzugehen. In der Genfer Politik der „kollektiven Sicherheit“ sei gerade jetzt ein solcher Augenblick eingetreten. Tatsache bleibe: Mussolini habe Genf besiegt, und Abessinien dürfe sich nicht mehr auf den Völkerbund verlassen. Der Mißerfolg des Völkerbundes im abessinischen Konflikt habe bewiesen, daß der Genfer Mechanismus nicht funktionsfähig sei. Der bekannte Publizist Garwin wendet sich in dem „Observer“ in einem außerordentlich scharfen Artikel gegen die Völkerbundsoptimisten, die gleichzeitig nichts von der wahren militärischen Situation verstanden haben. Das abessinische Reich, meint Garwin, habe bereits aufgehört zu existieren, Mussolini habe einen Sieg errungen, der in der Geschichte der Kolonialkriege beispiellos sei. Damit müßte heute jeder Realpolitiker rechnen. Die radikalen „Reynolds Papers“ sehen noch immer auf dem Standpunkt der Sanktionen: Schuld an dem Mißerfolg habe allein die englische konservative Regierung. Die konservative Regierung habe ihre Pflichten gegenüber dem System der kollektiven Sicherheit nicht erfüllt. Der Völkerbund habe nach die letzte Möglichkeit diesen Fehler zu korrigieren, wenn er nämlich zur Verstärkung der Sanktionen schreite.

Madrid. Die Agrarpartei veröffentlicht eine Erklärung, in welcher es heißt, daß sie sich von den Wahlen der Delegierten für die Präsidentschaft fernhalten werde.



Britannias Achillesferse

Noch hat Italien nicht gewonnen... Ein englisches Urteil

Der Außenpolitiker des Londoner „Daily Herald“, R. W. Ewer, kommt in einer Erörterung über die Genfer Verhandlungen zu dem Schluss, daß Italiens Behauptung, den abessinischen Krieg bereits siegreich entschieden zu haben, nicht den Tatsachen entspreche. Das jämmerliche Vordringen der italienischen Truppen seit Anfang März erkläre sich dadurch, daß die Italiener sich seit diesem Zeitpunkt ihren Weg mit Senfgas bahnen, einem Giftgas, gegen das die Abessinier keinen Schutz kennen, so daß ihnen nichts als schleuniger Rückzug blieb. Mit dieser Art der Kriegführung habe aber Italien nach der Verletzung des Völkerbundesrats noch eine weitere internationale Konvention (gegen den Gaskrieg) gebrochen, so daß der Völkerbund, wenn er sich nicht selbst aufgeben wolle, zu neuen Maßnahmen gegen Italien schreiten müsse. Die zweite Gefahr, die den Italienern drohe, sei die Regenzeit, die in einzelnen Teilen Abessiniens schon begonnen habe. Die tropischen Regengüsse werden die Lage der am weitesten vorgeschobenen Abteilungen sehr schwierig gestalten, da während des Regens die Verbindungsstraßen unbrauchbar und die Fluggeschwaderoperationen, die für den italienischen Vormarsch so wichtig sind, unmöglich werden können. Die schwerste Gefahr für die Italiener entspreche aber in der Heimat: die finanzielle Lage Italiens sei mehr als bedenklich geworden. Die Reserven an Gold und Devisen sei auf 50 Millionen Pfund zusammengeschmolzen, und der abessinische Krieg habe monatlich einen Abgang von neun Millionen Pfund verursacht. Gelingen es den Abessiniern also, sich über die Regenzeit zu halten, so werde Badoglio im Herbst nicht mehr die Mittel zur Einleitung einer neuen Offensive haben.

SA-Mann in der Zelle erhängt

(B. A.) Chemnitz (Sachsen). Hier wurde der SA-Mann Fischer deshalb verhaftet, weil er illegales Material gelesen und nicht bei der Gestapo abgegeben hatte. Ein anderer SA-Mann zeigte ihn deshalb an. Nach kürzerer Haftzeit schrieb Fischer seiner Mutter, sie möge ihm einen Anzug ins Gefängnis schicken, da er hoffe bald entlassen zu werden. Einige Tage nach Ankunft dieses Briefes wurde die Mutter des Fischer zum Polizeipräsidenten bestellt, wo ihr einer der Leiter der Gestapo Post mitteilte, daß sich ihr Sohn in der Zelle „selbst erhängt“ habe.

Die unwürdige Komödie der Sanktionen

Verrat der Frieden- und der Völkerbunde! Erhöhung der Kriegsgefahr!

Von Walter Schevenels, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Seit der Völkerbund im abessinisch-italienischen Konflikt die faschistische italienische Regierung als Angreifer bezeichnet und der Vierzehner-Ausschuß die ersten finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen beschlossen hat, unterstützen gewisse diplomatische Kreise eine große Presselampagne zum Zwecke der Verhinderung der wirksamen Durchführung der Sanktionen und der Einbeziehung des Petroleums. Man bediente sich dabei der Feststellung, daß die Sanktionen der Krieg seien. Wir haben auf den Wahnsinn einer solchen Behauptung vom ersten Augenblick an hingewiesen. Auf allen Fronten haben uns die Tatsachen — man muß fast sagen leider — in allzu auffälliger und brutaler Weise Recht gegeben. Auch die naivsten Gemüter müssen heute zugeben, daß die langsame und viel zu unzureichende Durchführung der Sanktionen dem Angreifer die Möglichkeit gegeben hat, sein kriegerisches Vorgehen zu verschärfen. Dieser Tatbestand wurde zum direkten Anlaß des Aufstehens der Hitlerregierung vom 7. März 1936. Es ist im Gegenteil

das Fehlen einer wirklichen und wirksamen Politik der Sanktionen, das Krieg bedeutet und allezeit bedeuten wird!

Die nationalen und internationalen Arbeiterorganisationen haben unermüdet die scharfsten Verantwortungen der Regierungen hervorgerufen, die die Ursache des Versagens des Völkerbundes sind. Wenn man sich Rechenschaft darüber gibt, was in den letzten sechs Monaten geschehen ist, um den Krieg zu verhindern oder zu beendigen, so kann man sich eines Gefühls des Erschreckens über so viel Schwäche, Kurzsichtigkeit oder gar bewusste Mitschuld all jener nicht erwehren, denen die Völker der Schutz des Friedens anvertraut haben. Man fragt sich ernstlich, ob nicht vielleicht von allem Anfang an die Erklärungen der Staatsmänner gar nicht ernst gemeint waren. Seit Monaten sah die Welt den Angriff Italiens gegen Abessinien kommen. Die öffentliche Meinung war alarmiert. Ihr Druck auf die verantwortlichen Regierungen war so stark, daß alle Regierungen zur Stellungnahme gezwungen waren, als der italienische Faschismus am 3. Oktober den Krieg vom Zaun brach. Schon am 7. Oktober bezeichnete der Völkerbund Italien als Angreifer und gab damit auf Grund des Art. 16 des Völkerbundespatentes zu, daß sich alle Mitgliedsstaaten in gleicher Weise als angegriffen betrachten wie Abessinien. Finanzielle, wirtschaftliche und sogar militärische Sanktionen waren von diesem Augenblick an eine Selbstverständlichkeit. Die Haltung der verantwortlichen Regierungen war jedoch bei weitem nicht jene, welche der gesunde Menschenverstand erwarten konnte. Trotz der Verletzung des Völkerbundespatentes hielten alle Staaten ihre diplomatischen Beziehungen mit der „befreundeten“, so sympathischen italienischen Nation aufrecht.

Die ganze Geschichte der letzten sieben Monate zeigt, daß alle Diplomaten und insbesondere gewisse Regierungen alles taten, um Italien zu schonen und ihm Gelegenheit zu geben, seinen verbrecherischen Angriff zum Ziele zu führen.

Rekapitulieren wir kurz: am 3. Oktober begann Italien den seit langen Monaten offen vorbereiteten Krieg. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die kompetenten Regierungsstellen und diplomatischen Instanzen aller Länder auf dem laufenden waren und bereits alle Möglichkeiten ins Auge gefaßt hatten. Trotz der Einstimmigkeit von 50 Nationen verstreichen jedoch nach mehr als sechs Wochen bis zur Durchführung der ersten Sanktionsmaßnahmen. Die wirksamste Sanktion, d. h.

das Embargo auf Petroleum,

dessen Durchführung bereits nach allen Seiten geprüft worden war, sollte im Zusammenhang mit einem letzten Schlichtungsversuch erst am 25. November beschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch selbstmörderisch die Arbeit des Sanktionskomitees ohne Angabe eines plausiblen

Grundes vertagt. Die Ursache war klar, als den beiden Ländern am 13. Dezember der Kommissionsvorschlag Cavallo-Boare unterbreitet wurde. Es erübrigt sich, daran zu erinnern, welcher kategorischen Enttäuschung und Ablehnung dieser Antrag in allen Ländern begegnete.

Noch einmal erhob sich der Wille der Völker und legte dieses Dokument des Verrats des Friedens und des Völkerbundes weg. Leider nahmen sich die Diplomaten die Aktion nicht zu Herzen. Wohl mühten Hoare und Laval gehen, aber es blieben genug Erfahrmänner übrig, um die Methoden von Hoare und Laval — wenn auch mit mehr Geschicklichkeit — fortzusetzen.

Unter dem Vorwand, daß eine Verständigung immer noch möglich sei, vertagte das Sanktionskomitee Schlag auf Schlag die Sitzungen, die die Petroleumsanktion beschließen sollten. Am 3. März trat das Schlichtungskomitee (Dreizehn) zusammen und schlug den beiden Parteien Friedensverhandlungen vor. Abessinien nahm ohne Vorbehalt an. Italien wich jeder bestimmten Antwort aus. Es versuchte — offensichtlich im Einvernehmen mit anderen Ländern — die nötige Zeit zu gewinnen, sein Opfer endgültig durch Waffengewalt zu vernichten.

Inzwischen erfolgte

der Gewaltstreik Hitlers.

Die Aufmerksamkeit der Welt wandte sich vom italienischen faschistischen Angriff ab und konzentrierte sich auf den Angriff der Nazis gegen den Frieden. Wie Mussolini seit dem 7. Oktober jede gute Gelegenheit wahrnahm, so benutzte er auch diesen Zwischenfall, um seine Tanks, Flugzeuge, Gasbomben usw. zu grausamster Wirkung zu bringen.

Am 18. März mußte das Sanktionskomitee wohl oder übel zusammentreten, womit die Aufmerksamkeit neuerdings auf den Krieg gelenkt wurde, den Italien gegen Abessinien und den Völkerbund führt. Die Sitzung wurde unermittelt vertagt und zwei Tage nachher erschien wie durch ein Wunder aus unbestimmbarer Quelle die Nachricht vom Ende der Feindseligkeiten in Abessinien. Sofort wurde die Dislokationsgrundlage verschoben. Alle Diplomaten waren sich plötzlich einig, daß von neuen Sanktionen keine Rede mehr sein könne. Als sich dann am 21. März herausstellte, daß die Nachricht von der Beendigung des Krieges auf einem falschen Gerücht beruhte, wurde die Diskussion nichtsdestoweniger auf der durch dieses Gerücht geschaffenen Grundlage fortgesetzt. Man prüfte, ob die Sanktionen eingestellt werden sollten, bevor Italien einen Waffenstillstand angenommen hat, oder ob es zweckmäßiger sei, von Italien die Einstellung der Feindseligkeiten vor der Außerkräftigung der Sanktionen zu verlangen, ja man zog sogar in Erwägung, ob die beiden Beschlüsse gleichzeitig gefaßt werden sollten. Endlich ließ man sich dazu herab, mit Italien darüber zu sprechen, ob die Friedensverhandlungen in Genf oder anderswo stattfinden sollen und ob ein Vertreter des Völkerbundes als Beobachter oder Unterhändler zugelassen sein könne.

Diese durch den Vorschlag von Mandin vom 2. März geschaffene Lage hält auch heute noch an (21. April), ohne daß sich irgendeine Möglichkeit zugunsten einer Regelung abzeichnet, die dem Gerechtigkeitsgefühl der Weltmeinung Genugtuung geben könnte und gleichzeitig mit den Prinzipien des Völkerbundes übereinstimmt.

Inzwischen dringt Mussolini mit größter Grausamkeit in Abessinien vor und verdoppelt seine Anstrengungen, um seine militärischen Ziele vor Beendigung der Diskussionen in Genf zu erreichen. Alles scheint darauf hinzudeuten, daß die Diplomaten in Genf ausschließlich den Wunsch haben, ihm diese Möglichkeit zu geben.

Wenn der Krieg unter diesen Umständen beendigt wird, d. h. nach der völligen Vernichtung des abessinischen Volkes, so haben weder das Schlichtungskomitee, noch das Sanktionskomitee, noch der Völkerbund und noch viel weniger die Anhänger des Friedens und der

